

Prozessführung im Gesellschaftsrecht

Corporate Litigation

von
Dr. Erich Waclawik

2. Auflage

Prozessführung im Gesellschaftsrecht – Waclawik

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Gesamtdarstellungen



Verlag C.H. Beck München 2013

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 62368 4

beck-shop.de

NJW Praxis

im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW
herausgegeben von
Rechtsanwalt Felix Busse

Band 83

beck-shop.de

beck-shop.de

Prozessführung im Gesellschaftsrecht

Corporate Litigation

von

Dr. Erich Waclawik

Rechtsanwalt bei dem
Bundesgerichtshof

2., vollständig überarbeitete Auflage



Verlag C. H. Beck München 2013

beck-shop.de

Zitierweise: Waclawik, Prozessführung im Gesellschaftsrecht, 2. A.

www.beck.de

ISBN 978 3 406 56447 5

© 2013 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

beck-shop.de

Vorwort zur zweiten Auflage

Seit der ersten Auflage, die eine erfreuliche Aufnahme gefunden hat, sind inzwischen fünf Jahre vergangen. Das ist auch auf dem Gebiet des Gesellschaftsrechts eine lange Zeit, die nach einer Neuauflage verlangt. Die zweite Auflage berücksichtigt die in einigen Bereichen tiefgreifende Tätigkeit des Gesetzgebers. Eingearbeitet wurden namentlich das seit der ersten Auflage in Kraft getretene MoMiG, das ARUG sowie die Aktienrechtsnovelle 2013. Auch die Rechtsprechung ist auf dem Gebiet der gesellschaftsrechtlichen Prozessführung vorangeschritten. Insbesondere die jüngere Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs wurde ebenfalls eingearbeitet.

Die Neuauflage berücksichtigt ferner das einschlägige Schrifttum aus jüngerer Zeit. In den seit der Erstauflage verstrichenen Jahren sind neben dieses Werk weitere Veröffentlichungen getreten, die sich gezielt mit dem Gebiet der gesellschaftsrechtlichen Prozessführung befassen. Dies bestätigt, dass die Schnittstelle zwischen Gesellschaft- und Prozessrecht für die Praxis nicht nur von fortdauerndem, sondern von weiter steigendem Interesse ist. Der Bereich „Corporate Litigation“ ist dabei, sich zu einem eigenständigen Rechtsgebiet zu entwickeln.

Die Neuauflage beschränkt sich allerdings nicht auf die Aktualisierung des vorhandenen Textbestands. Es sind einige neue Abschnitte hinzugekommen. Besonders hervorgehoben sei der Abschnitt an dem Ende des Werks, der sich mit der gesellschaftsrechtlichen Prozessführung in der Revisionsinstanz und mit Blick auf diese beschäftigt.

Auch eine zweite Auflage markiert keinen Endpunkt, sondern nur eine neuerliche Momentaufnahme. Es gilt daher meine Bitte fort, die ich anlässlich der ersten Auflage geäußert habe: Kritik und/oder Anregungen, die über den Verlag erbeten werden, sind kein Ärgernis, sondern willkommen. Sie ermutigen mich, das Erreichte zu verbessern und fortzuentwickeln.

Karlsruhe, im April 2013

Erich Waclawik

beck-shop.de

Vorwort zur ersten Auflage

Wer als im Gesellschaftsrecht tätiger Jurist die Entwicklung der einschlägigen Fachzeitschriften verfolgt, stellt fest, dass sich ein erheblicher Teil der veröffentlichten Rechtsprechung mit gesellschaftsrechtlichen Streitigkeiten beschäftigt. Ferner gewinnt man den Eindruck, dass deren relative Bedeutung in den vergangenen Jahren zugenommen hat¹. Gleiches gilt für die Fachaufsätze an der Schnittstelle zwischen Gesellschafts- und Prozessrecht. Das hat vielfältige Gründe: Neben der steigenden Zahl inländischer Gesellschaften, der Schaffung neuer Rechtsformen des EU-Gemeinschaftsrechts und dem in jüngerer Zeit zu beobachtenden Zuzug von EU-/EWR-Auslandsgesellschaften sorgt auch der deutsche Gesetzgeber dafür, dass gesellschaftsrechtliche Prozessthemen nicht ausgehen. Erinnerung sei an das „UMAG²“, das die „Modernisierung des Anfechtungsrechts“ schon in seinem Namen trägt und die prozessual erheblichen Vorschriften des Aktiengesetzes in etlichen Punkten änderte.

Dessen ungeachtet ist die Prozessführung im Gesellschaftsrecht bislang nicht Gegenstand einer Monografie. Dass es diese von dichtem Verkehr umschiffte Insel gibt, ist freilich kein Zufall: Viele Gesellschaftsrechtler sind überwiegend beratend tätig und führen gesellschaftsrechtliche Prozesse allenfalls als Neben- oder Folgegeschäft ihrer Beratungstätigkeit (Beispiel: Abwehr von Anfechtungsklagen nach Vorbereitung und Durchführung einer Hauptversammlung). Umgekehrt fühlen sich Prozessanwälte, die in der Breite des Zivilrechts gerichtlich tätig sind, mitunter bei der Übernahme gesellschaftsrechtlicher Prozessmandate nicht sonderlich wohl, weil diese als komplex gelten und es zum Teil auch sind. Diese Grenzlage spiegelt sich im monografischen Schrifttum wider.

Der vorliegende Band der NJW Praxis will dazu beitragen, hier Abhilfe zu schaffen. Er kann und soll aber kein enzyklopädisches Werk sein. Er will sich mit praktisch wichtigen und dogmatisch interessanten Prozessthemen aus dem Recht vor allem der Kapital- und der Personengesellschaften beschäftigen. Eine Auswahl wird dadurch unvermeidlich. Nicht betrachtet werden das Gebiet der Zwangsvollstreckung mit gesellschaftsrechtlichem Bezug und – grundsätzlich – die Verfahren, die dem FGG unterliegen. Da Kapital- und Personengesellschaften unter dem Blickwinkel der gesellschaftsrechtlichen Prozessführung recht unterschiedlich sind, folgt hieraus die Grundgliederung der Monografie. In diesem Rahmen werden die einzelnen Gesellschaftsformen mit den ihnen eigenen wesentlichen Verfahrensarten und Prozessthemen behandelt.

Das Buch richtet sich vorrangig an den Praktiker, der sich mit der Prozessführung im Gesellschaftsrecht – oder mit einzelnen Themen – vertraut machen möchte. Soweit dem Verfasser möglich, werden daher praktische Hinweise sowie Vorschläge zur richtigen Antragstellung gegeben. Darüber hinaus richtet sich das Buch an (angehende) Fachanwälte für Handels- und Gesellschaftsrecht sowie an alle, die Interesse an der Beschäftigung mit dieser Schnittstelle zwischen materiellem Recht und Prozessrecht haben.

Die Erstauflage ist für den Autor ein Ringen sowohl mit der behandelten Materie als auch mit dem Zweifel, was den Leser wohl interessieren möge. Nicht immer liegt er im

¹ Instrukтив *Podolski*, Artikel „Wettrüsten“, JUVÉ Rechtsmarkt 03/2008, S. 32 ff., die darlegt, dass sich die Zahl gesellschaftsrechtlicher Klagen in den vergangenen Jahren vervielfacht hat; in diese Richtung auch *Freitag/Katzensteiner/Student*, Artikel „Die Klagegesellschaft“, *manager magazin* 06/2011, S. 40 ff.

² Vgl. Gesetz zur Unternehmensintegrität und Modernisierung des Anfechtungsrechts v. 22.9.2005, BGBl. 2005 I, 2802.

beck-shop.de

VIII

Vorwort zur ersten Auflage

ersten Wurf richtig und trägt allen berechtigten Wünschen Rechnung. Kritik und/oder Anregungen, die über den Verlag erbeten werden, sind dem Autor daher kein Ärgernis, sondern willkommen. Sie ermutigen ihn, das Erreichte zu verbessern und fortzuentwickeln.

Karlsruhe, im August 2008

Erich Waclawik

Inhaltsübersicht

Vorwort zur zweiten Auflage	V
Vorwort zur ersten Auflage	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XXI
A. Einleitung	1
B. Kapitalgesellschaften	5
I. Die Aktiengesellschaft (AG)	5
II. Besonderheiten bei der Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA)	108
III. Besonderheiten bei der deutschen Societas Europaea (SE)	110
IV. Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	112
C. Personengesellschaften	161
I. Überblick	161
II. Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)	162
III. Die Offene Handelsgesellschaft (OHG)	170
IV. Die Kommanditgesellschaft (KG)	174
V. Die Partnerschaftsgesellschaft (PartG)	176
D. Die eingetragene Genossenschaft (eG) und die Europäische Genossenschaft (SCE) ..	179
I. Überblick	179
II. Die eingetragene Genossenschaft (eG)	179
III. Besonderheiten der Europäischen Genossenschaft (SCE)	183
E. Der Verein	187
I. Überblick	187
II. Die Geltendmachung von Beschlussmängeln	188
III. Streitigkeiten über den Ausschluss von Vereinsmitgliedern	191
IV. Die Parteifähigkeit des nicht rechtsfähigen Vereins	195
F. Ausländische Rechtsformen, insbesondere die Limited	197
I. Überblick	197
II. Zuständigkeit deutscher Gerichte für Binnenstreitigkeiten bei Scheinauslandsgesellschaften	198
III. Die Limited in gesellschaftsrechtlichen Auseinandersetzungen	204
G. Schiedsverfahren bei gesellschaftsrechtlichen Auseinandersetzungen	213
I. Überblick	213
II. Staatliches Gericht oder Schiedsgericht?	213
III. Objektive Schiedsfähigkeit von Gesellschafterstreitigkeiten	217
IV. Wirksame Schiedsvereinbarung	218
V. Die Eignung der Gesellschaftsformen für Schiedsverfahren	218
VI. Beschlussmängelstreitigkeiten vor Schiedsgerichten	220
VII. Kautelarpraxis	222
H. Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten vor dem BGH	225
I. Grundsätzliche Bemerkungen	225
II. Der Zugang zur Revisionsinstanz	225
III. Vorausschauende Prozessführung	228
Sachregister	235

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	1
B. Kapitalgesellschaften	5
I. Die Aktiengesellschaft (AG)	5
1. Überblick	5
2. Die Anfechtungsklage	8
a) Zulässigkeit der Anfechtungsklage	8
b) Die Anfechtungsbefugnis	15
c) Anfechtungsgründe und Teilanfechtung	20
d) Die Anfechtungsfrist	26
e) Besonderheiten der Zustellung	29
f) Sonstige Verfahrensfragen	31
g) Besonderheiten der Urteilswirkung	35
h) Streitwert	36
i) Missbrauch des Anfechtungsrechts	37
j) Einstweiliger Rechtsschutz	39
k) Amtslöschung	39
3. Die Nichtigkeitsklage	40
a) Zuständigkeit, Passivlegitimation und Rechtsschutzbedürfnis	40
b) Klagebefugnis	40
c) Nichtigkeitsgründe	40
d) Heilung und Ausschluss der Nichtigkeit	41
e) Weitere Verfahrensaspekte	42
f) Besonderheiten der Urteilswirkung	43
g) Streitwert	44
h) Verhältnis von Nichtigkeits- und Anfechtungsklage	44
4. Spezielle Nichtigkeits- und Anfechtungsklagen	44
a) Die Klage auf Feststellung der Nichtigkeit der Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrats	45
b) Die Anfechtung der Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrats	46
c) Die Klage auf Feststellung der Nichtigkeit des Jahresabschlusses	48
d) Die Anfechtung der Feststellung des Jahresabschlusses	50
e) Die Klage auf Feststellung der Nichtigkeit des Gewinnverwendungsbeschlusses	51
f) Die Anfechtung des Gewinnverwendungsbeschlusses	52
g) Die Anfechtung der Kapitalerhöhung gegen Einlagen	53
5. Die positive Beschlussfeststellungsklage	55
6. Die allgemeine Feststellungsklage	56
7. Die Freigabeverfahren	56
a) Überblick	56
b) Das „allgemeine Freigabeverfahren“ nach § 246a AktG	59
c) „Spezielle“ Freigabeverfahren	65
8. Die Praxis des aktienrechtlichen Anfechtungsprozesses	66
a) Bedeutung der Beschlussmängelklagen für die Unternehmenspraxis	66
b) Die Akteure	67
c) Die besonderen „Angriffs- und Verteidigungsmittel“	70
d) Neuerliche Reform des Beschlussanfechtungsrechts?	76
9. Das Spruchverfahren	78
a) Funktion des Spruchverfahrens	78
b) Anwendungsbereich und Verfahrenseinleitung	78
c) Ablauf des Spruchverfahrens	80
d) Beendigung des Spruchverfahrens	82

e) Rechtsmittel	83
f) Gebühren und Verfahrenskosten	84
10. Der Streit um die Zuständigkeit oder Übergehung der Hauptversammlung	84
a) Überblick	84
b) Unterlassungsklage und einstweiliger Rechtsschutz	87
c) Die Beseitigungs- oder Feststellungsklage	89
11. Der Streit um die Rechtmäßigkeit von Organhandeln	90
a) Überblick	90
b) Geltendmachung von Ersatzansprüchen nach den §§ 147 ff. AktG	91
c) Gerichtliche Entscheidung über das Auskunftsrecht von Aktionären	94
d) Streit um die Bestellung von Sonderprüfern	97
e) Klagen gegen die gesetzwidrige Ausnutzung eines genehmigten Kapitals	103
f) Einstweiliger Rechtsschutz	105
12. Die Klage auf Nichtigerklärung der Aktiengesellschaft	106
a) Klage auf Nichtigerklärung und Amtslöschung	106
b) Die Klage auf Nichtigerklärung	106
II. Besonderheiten bei der Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA)	108
1. Bedeutung und Strukturmerkmale der KGaA	108
2. Besonderheiten	109
a) Die Rolle der persönlich haftende Gesellschafter im Beschlussanfechtungsprozess	109
b) Die Rolle des Aufsichtsrats im Prozess	109
III. Besonderheiten bei der deutschen Societas Europaea (SE)	110
1. Bedeutung und Strukturmerkmale der SE	110
2. Besonderheiten	110
IV. Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	112
1. Überblick	112
2. Der Streit um die Wirksamkeit von Beschlüssen der Gesellschafterversammlung	112
a) Anfechtungsklage	112
b) Nichtigkeitsklage	119
c) Beschlussfeststellungsklage	120
d) Verbindung von Anfechtungs- und positiver Beschlussfeststellungsklage	121
e) Spezielle Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen	121
f) Die (isolierte) allgemeine Feststellungsklage	123
g) Einstweiliger Rechtsschutz bei Beschlussmängeln	123
h) Freigabeverfahren im Recht der GmbH?	125
i) Vorsorge im Gesellschaftsvertrag	127
3. Der Streit über den Ausschluss von Gesellschaftern	128
a) Grundsätzliche Anmerkungen	128
b) Materiell-rechtliche Voraussetzungen des Ausschlusses	129
c) Verfahren des Gesellschafterausschlusses	130
d) Die Abfindung des ausgeschlossenen Gesellschafters	132
e) Regelung der Voraussetzungen des Ausschlusses und des Verfahrens im Gesellschaftsvertrag	133
4. Streitigkeiten in Bezug auf Geschäftsanteile	134
a) Der Prozess um die Einziehung von Geschäftsanteilen	134
b) Klagen über die Übertragung oder Teilung von Geschäftsanteilen	138
5. Vorläufiger Rechtsschutz	148
a) Schwerpunkte des vorläufigen Rechtsschutzes	148
b) Die vorläufige Verhinderung der Beschlussfassung	149
c) Der Streit um die Suspendierung von Gesellschafterbeschlüssen	151
d) Der Streit um die Suspendierung von Geschäftsführungsmaßnahmen	153
e) Vorläufiger Rechtsschutz im Abberufungsstreit	155
C. Personengesellschaften	161
I. Überblick	161
II. Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)	162
1. Parteifähigkeit	162

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XIII
2. Prozessfähigkeit	163
3. Zustellungen an die GbR	163
4. Gerichtliche Zuständigkeit	164
5. Prozesskostenhilfe	164
6. Vernehmung von Gesellschaftern	165
7. Streitbeitritt von Gesellschaftern	165
8. Änderungen im Gesellschafterbestand	165
9. Auflösung oder Beendigung der GbR	166
10. Kosten des Rechtsstreits	166
11. Klagen der GbR gegen einen ihrer Gesellschafter	167
12. Besonderheiten bei Gesellschafter-Passivprozessen	167
a) Die Klage gegen die Gesellschaft	168
b) Der Prozess gegen die (Mit-)Gesellschafter der Außen-GbR	168
c) Die Klage sowohl gegen die Außen-GbR als auch gegen (Mit-)Gesellschafter	169
III. Die Offene Handelsgesellschaft (OHG)	170
1. Parteifähigkeit	170
2. Prozessfähigkeit	170
3. Zustellungen an die OHG	171
4. Gerichtliche Zuständigkeit	171
5. Prozesskostenhilfe	171
6. Vernehmung von Gesellschaftern	171
7. Streitbeitritt von Gesellschaftern	172
8. Änderungen im Gesellschafterbestand	172
9. Auflösung oder Beendigung der OHG	172
10. Kosten des Rechtsstreits	173
11. Klagen zwischen der OHG und einem ihrer Gesellschafter	173
12. Besonderheiten bei Passivprozessen	174
IV. Die Kommanditgesellschaft (KG)	174
1. Besonderheiten gegenüber der OHG	174
2. Besonderheiten bei der GmbH & Co. KG	175
V. Die Partnerschaftsgesellschaft (PartG)	176
D. Die eingetragene Genossenschaft (eG) und die Europäische Genossenschaft (SCE)	179
I. Überblick	179
II. Die eingetragene Genossenschaft (eG)	179
1. Prozessfelder	179
2. Die Anfechtung von Beschlüssen der Generalversammlung	180
3. Die Klage auf Nichtigkeitserklärung der Genossenschaft	182
III. Besonderheiten der Europäischen Genossenschaft (SCE)	183
1. Strukturmerkmale der SCE	183
2. Besonderheiten	184
E. Der Verein	187
I. Überblick	187
II. Die Geltendmachung von Beschlussmängeln	188
1. Grundsätzliche Anmerkungen	188
2. Die Klage gegen einen Beschluss der Mitgliederversammlung	188
a) Materiell-rechtliche Grundlagen	188
b) Die Feststellungsklage	188
3. Streit um Beschlüsse anderer Organe	189
III. Streitigkeiten über den Ausschluss von Vereinsmitgliedern	191
1. Grundsätzliche Anmerkungen	191
2. Voraussetzungen und Verfahren des Vereinsausschlusses	191
3. Die gerichtliche Kontrolle des Ausschlusses	193
IV. Die Parteifähigkeit des nicht rechtsfähigen Vereins	195

XIV	<i>Inhaltsverzeichnis</i>	
F. Ausländische Rechtsformen, insbesondere die Limited		197
I. Überblick		197
II. Zuständigkeit deutscher Gerichte für Binnenstreitigkeiten bei Scheinauslandsgesellschaften		198
1. Der Anwendungsbereich der EuGVVO		198
2. Der allgemeine Gerichtsstand der Scheinauslandsgesellschaft		199
3. Ausschließliche Zuständigkeit für bestimmte gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten		200
4. Besondere Gerichtsstände		202
a) Überblick		202
b) Der Vertragsgerichtsstand		202
c) Der Gerichtsstand der unerlaubten Handlung		203
d) Der Gerichtsstand der Niederlassung		204
III. Die Limited in gesellschaftsrechtlichen Auseinandersetzungen		204
1. Grundsätzliche Anmerkungen		204
2. Die Beschlussanfechtung bei der Limited		205
a) Beschlussfassung durch die Gesellschafter		205
b) Prozessuale Aspekte		206
3. Streitigkeiten über die Bestellung und Abberufung eines directors		208
a) Organstellung und Anstellungsvertrag		208
b) Prozessuale Aspekte		209
4. Existenzvernichtungshaftung und Limited		210
a) Das Problem		210
b) Übertragbarkeit auf die Limited?		211
G. Schiedsverfahren bei gesellschaftsrechtlichen Auseinandersetzungen		213
I. Überblick		213
II. Staatliches Gericht oder Schiedsgericht?		213
1. Vorteile des Schiedsverfahrens		213
a) Freiheit der Gestaltung des Schiedsverfahrens		214
b) Die Öffentlichkeit des Zivilprozesses		215
c) Vollstreckbarkeit von Schiedssprüchen		216
2. Das im Einzelfall errichtete Schiedsgericht		216
3. Das institutionelle Schiedsgericht		217
III. Objektive Schiedsfähigkeit von Gesellschafterstreitigkeiten		217
IV. Wirksame Schiedsvereinbarung		218
V. Die Eignung der Gesellschaftsformen für Schiedsverfahren		218
1. Rechtsformunterschiede		218
2. Streitgegenstandsbezogene Unterschiede		219
a) Streitigkeiten zwischen Gesellschafter und Gesellschaft		219
b) Streitigkeiten zwischen den Gesellschaftern		219
c) Gesellschafter gegen Gesellschaft und Gesellschafter		219
VI. Beschlussmängelstreitigkeiten vor Schiedsgerichten		220
1. Die Eigenart des Beschlussmängelstreits		220
2. Anforderungen an eine beschlussmängeltaugliche Schiedsklausel		221
a) Nur ein Schiedsverfahren		221
b) Mitwirkungsmöglichkeit aller Gesellschafter		222
c) Rechtskrafterstreckung		222
VII. Kautelarpraxis		222
H. Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten vor dem BGH		225
I. Grundsätzliche Bemerkungen		225
II. Der Zugang zur Revisionsinstanz		225
III. Vorausschauende Prozessführung		228
1. Hauptziel: Die Zulassung der Revision		228
2. Beachtung der Wertgrenze des § 26 Nr. 8 Satz 1 EGZPO		230

beck-shop.de

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XV
3. Tatsachenvortrag in erster und in zweiter Instanz	231
4. Vollstreckungsschutz	232
5. Zuziehung und Reservierung von Revisionsanwälten	233
Sachregister	235

beck-shop.de